DENK´ MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 17 | Vereinszeitschrift | Dezember 2014

Wilhelm Dietl
Cham

Wie Extrem sind die Wutbürger?

Bürgerlicher Ungehorsam in Deutschland

Die Karriere des „Wutbürgers“ begann am 11. Oktober 2010. Wie so häufig in dieser Zeit, wurde ein neues Wort geboren. Die stolzen Erzeuger sitzen beim SPIEGEL, dem deutschen Nachrichtenmagazin, dem „Sturmgeschütz der Demokratie“. Bis zum Heft 41/2010 war der „Wutbürger“ ein unbekanntes Wesen, bis eine Hamburger Edelfeder ihn definierte.

Bild: www.Wikipedia.de zum Thema Wutbürger

Ich zitiere: ***„Er bricht mit der bürgerlichen Tradition, dass zur politischen Mitte auch eine innere Mitte gehört, also Gelassenheit, Contenance. Der Wutbürger buht, schreit, hasst. Er ist konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung. Früher war er staatstragend, jetzt ist er zutiefst empört über die Politiker.“***

Der SPIEGEL mag ihn nicht, den Wutbürger. Er hält ihn für einen Egoisten, der Ausländer ablehnt, sich mit Thilo Sarrazin gemein macht, und Fortschritt völlig anders buchstabiert. Fortschritt, das ist für den Wutbürger nicht der neue Stuttgarter Bahnhof, ein weiterer Flughafen oder diese zunehmende Verbrüderung mit den Asylanten.
Auf der zweiten Seite des mittlerweile historischen Artikels steht geschrieben: ***„Der Wutbürger macht nicht mehr mit, er will nicht mehr. Er hat genug vom Streit der Parteien, von Entscheidungen, die er nicht versteht und die ihm unzureichend erklärt werden.***

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Massoud Harun-Mahdavi
München

Präsident Obama´s Friedens-Nobelpreis steht unter Frage

In der aktuellen IS-Krise hat die USA nach langem Zögern unter massivem Druck der Öffentlichkeit und nur mit angezogener Handbremse den Kampf gegen die brutale Terrorgruppe der IS übernommen. Gleichzeitig aber hat sie nachweislich die IS direkt und indirekt bis zum heutigen Tag durch ihre Unterstützung zu der blutrünstigen Terrormacht gemacht, die heute eine unglaublich brutale Zerstörungswelle von Syrien über den Irak bis an die Grenzen Irans entfacht hat.

Für ein besseres Verständnis möchte ich zeitlich etwas zurück greifen. Die Weltöffentlichkeit wird schon seit über 36 Jahren auf die heute herrschenden Verhältnisse vorbereitet. Wie heute, hat auch damals ein US-Präsident aus der Reihe der Demokraten - wie die Ironie des Schicksals es haben will auch ein Friedens-Nobelpreisträger - Namens **Jimmy Carter** (39. US Präsident 1977-1981), ein Feuer entfacht. Vermeintlich ein lokales Feuer.

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Inhalt: **Seite**

„Wie Extrem sind die Wutbürger?“, W. Dietl	**1**
„Präsident Obama und sein Friedens Nobelpreis stehen unter Frage!“, M. Harun-Mahdavi	**1**
„Einladung des Vereins zur Gründung eines Clubs“, C. Dutzi	**5**
„Die Angst vor dem Volksaufstand.“, W. Dietl	**6**
„Buchvorstellung: Wir Erdeanrer“, S. Harun-Mahdavi	**8**
„Offener Brief: Ungebremster Zustrom von Asylbewerbern“, M. Schmidt	**12**
„Antwort auf den offenen Brief“, S. Harun-Mahdavi	**17**
„Fröhliche Weihnachten“, Der Vorstand	**20**
Über den Herausgeber	**20**
Impressum	**20**

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!
Thomas Babington Lord Macaulay

„Präsident Obama ....."
Fortsetzung von Seite 1

Aber wie es sich herausstellen sollte, griff das Feuer auf ganz Nah- und Mittel-Ost über, wie ich noch nachfolgend erläutern werde.

Durch die geplante Entmachtung des Schahs von Iran hat Jimmy Carter einen bis dahin stabilen und für die regionalen Verhältnisse sehr fortschrittlichen Staat in eine ungewisse Zukunft unter der unheilvollen Diktatur des Klerus gestürzt. Auch wenn der Schah zweifelslos ein diktatorischer Machthaber war, waren und sind Khomeini und sein gesamtes Gefolge im Vergleich blutrünstige, archaische, fundamentalistische und gottlose Herrscher, die vor nichts auf dieser Welt halt machen, um ihre gewonnene Macht zu erhalten.

Seit der „Islamischen Revolution" 1979 haben über fünf Millionen das Land verlassen. Es sind eine Million Tote und Behinderte nach dem Irak-Iran-Krieg (1981-1988) zu beklagen. Mit über 500 Hinrichtungen jährlich belegt die Islamische Republik Iran (IRI) nach China den zweiten Platz auf dieser traurigen Liste. Für dieses System hat das iranische Volk nicht vor 36 Jahren gekämpft! Es wurde von den Großmächten um ihr Glück betrogen.

Im Zuge des vom Globalstrategen **Zbigniew Brzeziński** (von 1977 bis 1981 auch Sicherheitsberater des US Präsidenten Jimmy Carter) verfolgten Projekts, mit dem hoffnungsweckenden Namen „Grüner Gürtel", waren genau Khomeini und seine Mullahs im Kampf gegen die Sowjetunion zur ersten Wahl auserkoren. So wie man auch später die Mujaheddin, den Osama Bin Laden und die Al-Qaida gefördert und groß aufgebaut hat. Lokale und regionale Stabilität stand damals nicht auf dem Tagesordnung. Chaos, Fundamentalismus und politische Instabilität in den Nachbarländern war erwünscht um Sowjetunion von außen zu destabilisieren. Gläubige Christen, Juden und Moslems waren als augenscheinlich unpolitische Ideologieträger erwünscht um die Sowjetunion von innen zu schächen.

Damals wie heute steht nur ein Gesichtspunkt im Vordergrund: Die USA als dominierende Weltmacht zu erhalten.

Damals war Sowjetunion der Feind, heute sind es Russland, China und die Islamische Welt.

China soll im Kampf um die Vorherrschaft der Zugriff auf die wertvollen Bodenschätze der Erde wie Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe verwehrt werden. Russland soll am Aufstieg gehindert werden. Und in den überwiegend islamisch geführten Staaten soll der ideologische Feldzug und der wachsende Widerstand gegen die Ausbeutung durch die Wirtschaftskartelle der Großmächte, wie z.B. Ölkonzerne des Westens, gesoppt bzw. gebrochen werden.

Die erste nahezu banale Folge des vermeintlich lokalen Feuers, welches Jimmy Carter mit dem Sturz des Schahs entfacht hatte, war die Errichtung der weltweit ersten Islamischen Republik. Also, muß man an dieser Stelle festhalten: Jimmy Carter ist der Begründer des stark negativ geprägten Begriffes „Die Islamische Welt"!
Bis dahin kannte niemand diesen Begriff, noch zollte der islamischen Welt eine Bedeutung, die heute mit dem Begriff in Zusammenhang gebracht wird. Bis dahin war die Welt ganz klar in Ost und West geteilt.

Das Feuer begann sich nun zu verbreiten. Immer noch regional, aber es sollte weniger als 10 Jahre dauern, bis das Feuer eine globale Bedeutung bekam. Der achtjährige Irak-Iran-Krieg, dem sich der Schah trotz Forderungen aus USA und Israel stets verweigerte, hat zwei neben Israel tonangebende Mächte in der Region durch einen zermürbenden Krieg untereinander geschwächt und in die regionale Bedeutungslosigkeit verfrachten. **Khomeini** hatte unter der Verheißung der Machtergreifung diesem Krieg schon vor dem Sturz des Schah zugestimmt und Saddams Ehrgeiz hat diesem Plan förmlich in die Hände gespielt. Saddam hat auf die verbalen Provokationen Khomeinis mit einem Angriff geantwortet. Hierfür gibt es viele Zeitzeugen. Nach dem Irak-Iran-Krieg folgten dann die beiden Golfkriege. Das Feuer hatte schon eine sichtbar globale Bedeutung erhalten.

Der Geheimdienst Israels hatte im politischen Kampf gegen die von Palästinenser-Führer Yassir Arafat 1957 gegründete **Fatah**-Organisation die **Hamas** 1987 selbst ins Leben gerufen und aufgebaut. Damit sollte unter den Palästinensern eine Konkurrenz zur Alleinmacht Arafats entstehen. Die IRI begann nach der Fatwa von Khomeini 1982 mit der Unterstützung der **Hisbollah,** der nach dem Verschwinden des libanesischen Schiitischen-Führers Imam Musa-Sadr 1981 aus der **Amal** hervorgegangenen schiitischen Organisation, sich im libanesischen Bürgerkrieg aktiv gegen Israel zu engagieren.

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

DENK´ MAL! Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen

Ausgabe Nr. 17 Seite 3 Dezember 2014

„Präsident Obama.....“
Fortsetzung von Seite 2

So zog das Feuer der islamischen Revolution langsam, aber stetig seine Kreise bis in die jüngste Geschichte, dem „Terror-Taifun“ unter der Führung der USA über einige Nordafrikanischen Staaten brauste - medial als „Arabischer Frühling“.

Durch die militärischen Einsätze im Zuge des Krieges gegen Saddam im Irak, des Krieges in Afghanistan und der Beteiligung der Westmächte am „Arabischen Frühling“ hat man die Interessensgebiete kurzer Hand besetzt. In Irak, Afghanistan und Libyen ging es den Westmächten niemals um die Freiheit der Menschen und um deren Heil, sondern nur darum, sich deren Bodenschätze gänzlich zu sichern. Die Bevölkerung erntet seither nur Chaos und Zerstörung im eigenen Land. Selbst der Anteil, welcher die zuvor herrschenden „Diktatoren“ doch noch mit ihrem Volk teilten, fällt heute gänzlich aus.

Die Steigerung des Feuerinfernos sehen wir heute in der Formation der IS und der Ukraine-Krise.

Laut **Edward Snowden** heißt die politische Strategie, die hinter der IS steckt, „Projekt Wespen Nest“ und wurde vor über vier Jahren von den Geheimdiensten der USA, Großbritanniens und Israels entwickelt um die Lage im Nahen- und Mittleren Osten **langfristig** zu destabilisieren. Unter dem Vorwand, den als Diktator zur Zielscheibe deklarierten Syrischen Präsidenten Assad zu vernichten, sollte ein Krieg gegen Syrien geführt werden. In diesem Zuge ging es natürlich nicht um die Person Assad, sondern um die Allianz zwischen Syrien und der Islamischen Republik Iran. Ziel ist es, die vermeintlich teilweise von der IRI angeführte Islamische Welt, durch einen Krieg zwischen radikalen Sunniten und Schiiten zu schwächen oder gar bis zur Nichtigkeit zu zerstören, um dann die Macht in dieser Region zu übernehmen.

Also, man läßt jetzt Moslems sich untereinander bekriegen und nicht mehr wie zu den Kreuzritterzeiten, Christen direkt gegen Moslems. Es ist ein einfaches Kalkül: Wenn sich Moslems untereinander bekriegen, geht von ihnen auch eine geringere Gefahr für Christen und Juden hervor.

In diesem Spiel mißfällt dem Westen die Tatsache, daß sich seit einigen Jahren eine offene Allianz zwischen Russlands Präsident **Wladimir Putin** und den beiden Regierungen im Iran und Syrien entwickelt hat. Nach dem Niedergang des auf offener Straße gelynchten Diktators Gaddafi, sah sich Russland seiner Interessen in Libyen beraubt und vom „Arabischen Frühling“ betrogen. Dies schweißte russisch-iranisch-syrische Allianz noch mehr zusammen, so daß Putin sich vehement den Plänen Obamas inbezug auf den Sturz Assads widersetzte. Diese Reaktion brachte Obama bis an den Rand seines eigenen Regierungssturzes. Er konnte nur von Putin selbst gerettet werden. Obama durfte trotz massivem Einbruch seiner Beliebtheit doch noch sein Gesicht wahren, indem Putin Assad dazu zwang, eine UN-Vereinbarung zu ratifizieren, welche Syrien verpflichtet seine teilweise aus deutscher Produktion stammenden Chemiewaffen-Arsenale unter internationaler Aufsicht zu entsorgen. Ein unverzeihliches Affront, der Folgen haben sollte.

Sieht man die Entwicklung um die IS, dann erkennt man, daß die USA den Plan mit **Assads** Sturz noch nicht aufgegeben haben. Die Konterpolitik gegen die Allianz Russland-Syrien-Iran kam promt: 2014 wird Russland, durch einen von den USA initiierten Vorstoß europäischer Außenpolitik zur Erweiterung ihrer Ostgrenzen, in einen ungewollten „Zweifrontenkrieg“ eingespannt. Also, einmal in Syrien und einmal in der Ukraine. Betrachtet man die Ukraine-Krise nun aus diesem Blickwinkel, dann versteht man sicherlich besser, welche Interessen Putin zu seinem aktuellen Standpunkt in Sachen Ukraine treibt. Hinzu kommen noch Sanktionen, der Rubel-Sturz an den Börsen, sowie der Sturz des Öl-Preises. Alle diese Maßnahmen, die von den USA getragen werden, setzen die Wirtschaft Russlands und damit Putin und seine Regierung stark unter Druck. Wie lange Putin noch durchhalten kann und will steht in den Sternen. Also entweder Ukraine oder Syrien ist hier die Frage für Putin.

Auf der anderen Seite geht die mediale Schlacht gegen die Islamische Welt weiter. Durch breitflächige öffentliche Verbreitung brutaler Videos von Hinrichtungen und Massenhinrichtungen durch die IS auf allen Medienkanälen,

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Die meisten Menschen wenden mehr Zeit und Kraft daran, um die Probleme herumzureden, als sie anzupacken! Henry Ford

„Präsident Obama.....“
Fortsetzung von Seite 3

werden alle Moslems dieser Welt über einen Kamm geschoren und als blutrünstige wilde religionsfanatische menschenfeindliche Wesen vorgestellt, so daß die nichtmoslemische Weltöffentlichkeit später auch jede Art des Umgangs mit den Moslems als gerechte Strafe billigen wird.
Die Folge ist beispielsweise, daß nun Nazis wieder in Deutschland auf dem Vormarsch sind.

Versucht man folgende Fragenliste zu beantworten, dann glaubt man die Situation klarer sehen zu können:

1. Wie kommt es, daß seit dem die IS plötzlich, wie aus dem Nichts auf der Bildfläche aufgetaucht ist, die Türkei, ein NATO-Verbündeter, diese unverblümt unterstützt?
2. Wieso hat eigentlich die Regierung Israels, die sonst an erster Front gegen solche radikalen moslemischen Entwicklungen agiert, nicht ein Zeichen der Furcht vor der IS von sich gegeben?
3. Wie kommt es, daß die Türkei gefragt werden muß, wenn eine kleine Gruppe von 200 bewaffnete Kurden über die Grenzen der Türkei nach Kubane ziehen soll, aber täglich tausende IS-Mitglieder über die Grenzen in die Türkei ein- und auswandern, um dort in den Krankenhäusern behandelt zu werden, um Nahrungsmittelnachschub zu organisieren, um täglich Öl in Millionenhöhe über die Türkei zu vermarkten und zu transportieren?
4. Wieso hat der Westen so lange gebraucht bis er überhaupt in die Kämpfe für Menschenrechte von Frauen und Kindern eingreift?
5. Wieso wurden Staatsführer wie Saddam Hussein und Muammar Gaddafi unter der Behauptung, Menschenrechte zu verletzen, mit aller Macht angegriffen, aber die IS, eine grundsätzlich terroristische Vereinigung, die nachweislich Menschenrechtsverachtend agiert, wird wenn überhaupt, dann nicht mit denselben Mitteln angegriffen?
6. Wieso wird die terroristische Truppe überhaupt als Islamischer Staat genannt? Wer hat diesen Staat oder diese Regierung anerkannt, daß man diese Bezeichnung öffentlich auf allen Medien verwendet?
7. Wie kommt es, daß Saddam Husseins angeblich unbesiegbare Armee, mit all den Chemiewaffen und MIG-Jets und der hoch ausgebildeten Armee, nach der völkerrechtswidrige Invasion der US/GB Streitkräfte innerhalb von fünf Wochen besiegt werden konnte, aber heute sogenannte Experten und Politiker, wie der britische Premierminister Cameron davon sprechen, daß der aktuelle Kampf der Allianz aus 40 Ländern gegen die IS 20 Jahre andauern könnte? Übrigens: Gaddafi wurde trotz seiner Unterstützung im eigenen Volk und mit Milliarden Geldreserven und einer funktionierenden Armee, mit Hilfe einer kleinen Allianz aus USA, GB, Frankreich und Italien auch nach wenigen Monaten niedergestreckt.
8. Wieso dürfen die USA und Großbritannien ohne ein UN-Mandat mit ihren Streitkräften in einem souveränen Staat Irak einmarschieren, aber die zugegeben umstrittenen Maßnahmen Russlands, zur Verteidigung ihrer Interessen auf der Krim und in der Ostukraine, als Verstoß gegen das Völkerrecht angeprangert werden? Gelten für die USA und Großbritannien andere Völkerrechte?
9. Wieso werden mit der IRI die sogenannten Atomverhandlungen geführt aber keinerlei Gespräche zum Thema Menschenrechten im Iran? Wieso werden bei den Atomgesprächen nicht Forderungen in Zusammenhang mit der Einhaltung der Menschenrechte gestellt, um das Land wieder in einen vertrauenswürdigen und sicheren Verhandlungspartner zu verwandeln? Damit wäre auch die Gefahr für andere reduziert. So wie bei den bestehenden Atommächten Indien, Pakistan und Israel.
10. Wie kommt es, daß zwei demokratische US-Präsidenten mit Friedens Nobelpreis verantwortlich für so viel Leid und Elend in der gesamten Welt sind? Die Zeugnisse von Vater und Sohn Bush sind nicht minder belastet, aber die beiden kannte man. Der eine war vorher CIA-Chef und der andere ein Cowboy. Beide waren keine Friedens-Nobelpreisträger und beide haben auch nie vorgegeben, sie würden sich für die Menschenrechte einsetzen.

Mein **Fazit** ist: Das Leid und Elend, das Millionen Kinder, Frauen und Männer in vielen Gebieten der Erde gerade erdulden geht in erster Linie auf die Rechnung der USA und deren Verbündete.

Die Geschichte hat leider gezeigt, daß die zwielichtige US-Politik gegen Sowjetunion aufging. Aber die Geschichte

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!
Harold Macmillan, brit. Premierminister

„Präsident Obama.....“
Fortsetzung von Seite 4

zeigt auch, daß die USA angesichts 9/11 im selben Dilemma steckt wie Goethe´s Zauberlehrling als er feststellte:

Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!

Die Geschichte wird früher oder später sich bei allen Regierungen, die der Welt unvorstellbares Leid gebracht haben - da gibt es leider kaum Ausnahmen - gewaltig rächen. Ganz besonders im Lager des Westens.

Auch Deutschland könnte es treffen. Die Menschen mögen sich nicht öffentlich äußern, aber sie erkennen die Lage und fürchten sich auch davor, daß selbst Deutschland, unter der Führung der Rot-Schwarzen-Bundesregierung, die sich stets so gibt, als hätte man bei der Entwicklung der Ukraine-Krise keine Rolle gespielt, zum Ziel von Racheaktionen werden könnte.

Die Menschen in Deutschland sind sehr friedlich. Die Ruhe, die sie ausstrahlen, ist aber kein Zeichen der Zustimmung, sondern ein Zeichen der Enttäuschung.

Denn, sie wissen genau
„was da draußen los ist“
und
„wer daran schuld ist“!

Deutschland kann in Anbetracht der außenpolitischen Ambitionen der Merkel-Regierung hier eine Führungsrolle übernehmen. Und zwar bei einer menschlichen Lösung der Situation und nicht als Handlager der USA. Es bleibt zu wünschen, daß Deutschland in dieser neuen Rolle sich als Goethe´s Zaubermeister erweist, der im Sicherheitsrat für Frieden zwischen den Mächten und den Religionen kämpft und sich nicht nur für die Interessen einzelner Großmächte einsetzt.

Allg. Bildnachweis: Bilder sind entweder selbst angefertigte oder sogenannte freie Bilder, die zu 100% aus der Wikipedia-Sammlung stammen. Nachweise können bei der Redaktion eingeholt werden.

Claus Dutzi
Taufkirchen bei München

Einladung des Vereins als Schirmherr zur Gründungssitzung eines Deutsch-Iranischen Clubs in München

Am 05. November 2014 wurden einige ausgewählte Bürger mit und ohne iranischem Migrationshintergrund aus München und Umgebung zu einer Versammlung eingeladen um unter der Schirmherrschaft des Vereinsvorsitzenden Dr. Massoud Harun-Mahdavi einen Club mit dem vorläufigen Titel „Deutsch Iranischer Wirtschafts- und Akademiker Club“ zu gründen.
Als Redner für die erste derartige Veranstaltung hatten zwei hochkarätige Persönlichkeiten ihre Zusage gegeben. Herr Josef Schmid, 2. Bürgermeister der Stadt München, hat einen halbstündigen Vortrag zu den Themen aus der Stadtpolitik der Landeshauptstadt München gehalten. Ihm folgte Herr Chris Bangle, der als BMW-Design-Chef von 1992 bis 2009 über weltweite Bekanntheit verfügt mit seinem spannenden Vortrag. Die Rede von Herrn Bangle beinhaltete internationale Themen aber auch Lehren für die bevorstehende Club-Gründung.

Bild: Gründungssitzung der DIWAC am 5.11.2014
von li. n. rechts: Vorstandsmitglied Claus Dutzi, 2. Münchner Bürgermeister Josef Schmid, Vereinsvorsitzender Dr. Massoud Harun-Mahdavi, Design-Ikone Chris Bangle, Vorstandsmitglied Dr. Sasan Harun-Mahdavi

Für einige der anwesenden Gäste war Herr Bangle auch als ehemaliger Chef und Kollege bereits bekannt. Herr Schmid ist natürlich

Fortsetzung weiter auf Seite 6

Die Religion soll nicht Wurzel sein der Staaten, die nur solche oder solcher Früchte geduldig trägt, sondern befruchtender Tau, der alle Pflanzen erquickt! Ludwig Börne

„Einladung zur Club-Gründung.....“
Fortsetzung von Seite 5

nicht nur nach seinem sehr engagierten und schließlich auch erfolgreichen Wahlkampf in der Bürgerschaft Münchens bekannt und angesichts des Wahlergebnisses auch hoch geschätzt.
Im Laufe des Abends sind die verschiedenen Tagesordnungspunkte durchgearbeitet worden. Abschließend hat die hochkarätig besetzte Versammlung den Entschluß gefaßt, die freiwillig als Vorbereitungskomittee benannten Personen damit zu beauftragen, eine Clubordnung zusammen zu stellen. Am 30. Januar 2015 soll dann die konstituierende Sitzung des Clubs, dessen endgültige Benennung noch offen steht, stattfinden. Die aus der Sicht der Anwesenden und des Organisationskomitees sehr erfolgreiche Veranstaltung mit über 40 Gästen wurde, begleitet von kulinarischem Genuß in dem Persischen Restaurant „Pars“ in der Dachauerstraße 19 , um kurz vor Mitternacht geschlossen.

Chris Bangle beim Vortrag

Josef Schmid bei seiner Rede

Glaubt man den Aussagen unmittelbar an diesemAbend bzw. den Teils später erfolgten schriftlichen Mitteilungen, dann haben die Gäste einen tiefgreifenden Eindruck, in Zusammenhang mit der Gründung eines aus ihrer Sicht längst fälligen Clubs, für den Erhalt der persischen Sprache und Tradition und die iranische Lebensart für Münchner Bürger, mit und ohne iranischem Migrationshintergrund, erhalten und für sich mitgenommen.

Über die weitere Entwicklung wird sicherlich berichtet.

Wilhelm Dietl
Cham

Die Angst vor dem Volksaufstand. Extremfall Zukunft!

Ich kenne einen Unternehmer, der sein Leben lang sehr erfolgreich war. In der DDR leitete er einen Volkseigenen Betrieb. Auch danach ging seine Kalkulation immer noch auf. Er kaufte Grundstücke, auf denen heute Auslieferungslager von Wessi-Ketten stehen, Bürogebäude, die immer noch genutzt sind, Gastronomie. Nur Bares ist Wahres, war lange Zeit sein ungeschriebenes Motto. Stolz berichtete er mir, in den ersten Jahren nach der Wende habe er immer eine Million Mark in bar zu Hause versteckt gehabt. Wenn er davon etwas ausgeben musste, dann knauserte er so lange rum, bis er den Betrag wieder aufgefüllt hatte. Und wenn es einige Wochen nur Sonderangebote vom Discounter gab.
Heute hat der Mann Angst. Die Zeiten sind nicht mehr so. Sein Geschäfts-Konzept klappt hier nicht und klappt da nicht. Die Sache mit der Million hat er längst aufgegeben. Davon träumt er nur noch. Der raffgierige Staat hat ihm Vieles genommen. Kanalgebühren. Straßengebühren. Steuern. Umlagen. Etc. Nichts für ungut. Den Staat erkennt er eigentlich an, auch wenn es jetzt ein anderer ist, und er immer noch von „Ihr Wessis“ und „Wir Ossis“ spricht.
Unterm Strich denkt er, dass ihn seine Ossis jetzt nach den Erfolgs-Rezepten der Wessis ausnehmen. Gäbe es seinen Staat noch, mit dem ihn früher alle Höhen und Tiefen des Lebens verbanden, dann würde ihm das nicht passieren. Wenn er gute Laune hat, dann erzählt er Anekdoten von seinen zahlreichen Treffen mit den Polit- und Wirtschaftsgrößen seiner Zeit, vor und

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl! Karl Julius Weber

„Die Angst vor dem Aufstand.....“
Fortsetzung von Seite 6

nach der Wende. Der Mann hat Angst, aber ehrlich gesagt nicht vor seinem/unserem neuen Staat. Er hat Angst vor einer Zukunft, die er auch in seinen ganz persönlichen, meistens umfangreichen Analysen nicht mehr fassen kann. Vor einigen Monaten hat er den ziemlich großen und nach außen hin wild wuchernden Garten aufgraben lassen. Ein Tieflader brachte den neuen Öltank. Ich glaube, es war die Rede von 50 000 Liter Fassungsvermögen. Das Häuschen ist vergittert und mit einer empfindlichen Alarmanlage versehen. Neben dem Gästenhaus befindet sich ein großer Hundezwinger mit Fußbodenheizung. Die Vierbeiner sind ziemlich groß und hellhörig, Im Keller des Hauses lagern Vorräte, nach den Ablauffristen geordnet. Ein Medikamentenvorrat für drei Monate ist das Minimum, die doppelte Frist wesentlich besser. Schon vor zwei oder drei Jahren hat mein Freund sein Auto verkauft, ein schöner, großer BMW, der beeindruckte. Heute fährt er einen kleinen Japaner. So ein tolles Auto, sagt er, hätte er noch nie gehabt.

In Wirklichkeit will er nicht mehr auffallen, sich nicht von der Masse abheben. Gelegentlich sieht er im Fernsehen, wie die arbeitslose Jugend aus den Vorstädten von Paris oder London brandschatzend durch die Zentren zieht, wie sie die Läden plündert und Autos abfackelt. Das gefällt ihm gar nicht, weil es nicht in seine Welt passt.

Und weil er zu wissen glaubt: Soweit kommt es bei uns auch, und das ziemlich bald! Unser Mann hat Angst. Um sein Lebenswerk, um sein Geld, die Kinder, die Enkel. Das raubt ihm auch den Optimismus, den sein viel reicherer Kollege Warren E. Buffet mindestens 2005 noch verbreitet hat. „Es herrscht Klassenkrieg“, sagte der amerikanische Milliardär, „richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse deer Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Mein Freund, der ostdeutsche Unternehmer, ist sich da nicht mehr sicher. Er liest Bücher, wie diese: „Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut“. Oder „Unruhen in Europa/ Der Vorsorgeplan für Staatsbankrott, Zwangsenteignung und Bürgerkrieg“. Das macht ihm Angst.

Ein Zitat stellvertretend für alle: „Die Bundesregierung erwartet für Deutschland intern in mehr als 150 Wohnbezirken mittelfristig soziale Unruhen, schwere Krawalle oder Revolten. Niemand kann sagen, in wie vielen dieser Gebiete es zu Unruhen oder gar bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen wird. Aber die Bundesregierung wird in einigen dieser Orte die Sicherheit der Staatsbürger nicht mehr länger dauerhaft garantieren können.

Solange Wirtschaftskrise, staatlicher Autoritäts- und Werteverfall sowie wachsende ethnische Spannungen weiter anhalten, sollten Sie in Problemgebieten keinen Cent mehr investieren. Solche Gebiete existieren flächendeckend, sie reichen vom Hamburger Schanzenviertel über Duisburg-Marxloh bis hin zu München-Hasenbergl. Falls Sie dort wohnen, dann sollten sie möglichst wegziehen. Warum? Weil die Versicherungen in diesen Gebieten irgendwann die Schäden nicht mehr bezahlen werden. Schäden in Unruhegebieten sind ja bekanntlich als `höhere Gewalt´bei allen Versicherungen von der Regulierung ausgeschlossen. Wenn Sie Kinder haben, dann sollten Sie diese dort nicht zur Schule schicken. Meiden Sie auch die angrenzenden Gebiete. Solche Problemviertel könnten nach Auffassung von Sicherheitsbehörden die potenziellen Schauplätze von Kämpfen sein, bei denen sich verfeindete Gruppen – etwa Rechte und Linke oder Ausländer und Inländer – gegenüberstehen werden.“

Gibt es auch ein todsicheres Rezept, wie man dieses Fiasko übersteht? Seite 42, Punkt neun: „Treten Sie in einen Schützenverein ein. Lernen Sie den Umgang mit Schußwaffen – und seien Sie froh, wenn Sie diese Kenntnisse in Bezug auf scharfe Waffen nie in der Realität benötigen.“

Das Problem ist erkannt, auch wenn es nicht so drastisch präsentiert wird. Seit 2009, also seit dem Beginn der Finanzkrise, diskutieren wir in Deutschland über die Frage, ob soziale Unruhen in absehbarer Zeit zu erwarten sind. Eine Umfrage des Instituts Emnid ergab auch 2009, dass 54 Prozent der Deutschen mit einer Eruption der Gewalt rechnen. Hier, im Osten, waren es sogar 61 Prozent. Die Politik wiegelt ab und redet die Situation, je nach Ausrichtung klein und kleiner. Ein „Atlas der Wut“ mit 165 mehr und weniger gefährlichen Örtlichkeiten wurde herausgegeben. Auch er ist nur eine künftige Fußnote in einer Diskussion, die noch nicht wirklich stattgefunden hat.

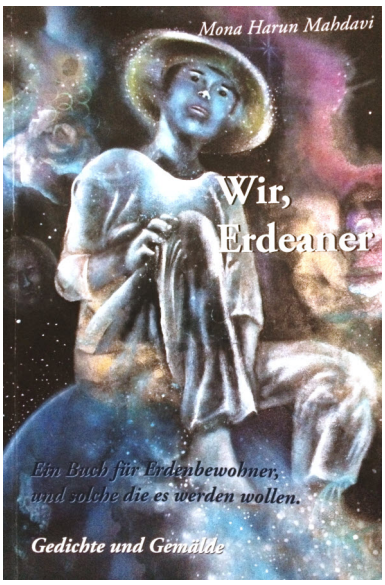
Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!

Julius Caesar

Sasan Harun-Mahdavi
München

Buchvorstellung: „Wir, Erdeaner“

von Mona Harun-Mahdavi



... Mensch, erkenne Dich, erkenne die Anderen
Dann wirst Du gütig diese Welt bewandern
Und viel Licht bringen in die Dunkelheit.
Fang´heute an, du hast nicht ewig Zeit!

An dieser Stelle möchte ich kurz auf die Neuerscheinung von der Autorin Mona Harun-Mahdavi hinweisen. Die nahezu 80-seitige Gedichtsammlung zeigt auch einige Werke der Autorin und Kunstmalerin. Die Gedichte, die sich mit den Menschen und ihrer Umwelt, nämlich die kleine Erde beschäftigt, gibt Grund zum Nachdenken, wohin die Menschen, durch ihr Handeln, sich und die Welt hintreiben werden.

Mona Harun-Mahdavi

Quelle des Lebens • 80 cm x 120 cm • Öl auf Leinwand

Die Autorin wurde durch ihre Erlebnisse im Jahr 2013 auf ihrer Reise nach Madagaskar zur Herausgabe dieses Gedichtewerkes angeregt.

Es ist eine Sammlung vieler Weisheiten, mit viel Tiefgang und aktuellem Bezug.

Ein Interview mit der Autorin kann man auf der Internetplattform „Hinter den Schlagzeilen“ unter dem Link: **http://hinter-den-schlagzeilen.de/2014/10/27/die-welt-ist-ohnehin-surreal/** lesen und mehr über die Person Mona Harun-Mahdavi und ihre Einstellung zum Leben erfahren.

Auf der Homepage von Frau Harun-Mahdavi kann man unter www.visiorama.de viele Bilder und sonstige Werke der Künstlerin einsehen, was sicherlich noch mehr Bezug zur Autorin schafft.

Erschienen im
Wälischmiller Druck & Verlags GmbH
ISBN: 978-3-00-046338-9

BRENTANO-GESELLSCHAFT FRANKFURT/M. MBH
REDAKTION DER FRANKFURTER BIBLIOTHEK

Brentano-Gesellschaft Frankfurt/M. mbH · Gr. Hirschgraben 15 · 60311 Frankfurt/M.

Frau
Mona Harun Mahdavi

München

Frankfurt am Main, 30.10.2014

Annahme Ihres Gedichts für die Frankfurter Bibliothek des zeitgenössischen Gedichts

Sehr geehrte Frau Harun Mahdavi,

über Ihre Einsendung zur *Frankfurter Bibliothek* haben wir uns sehr gefreut.

Wir freuen uns besonders, dass Ihr Beitrag zum Abdruck aufgenommen wurde, und ich darf Ihnen dazu gratulieren!

Die Edition wird in der Adventszeit erscheinen und in herausragender Ausstattung veröffentlicht. Wir werden Sie rechtzeitig informieren.

Die Frankfurter Bibliothek gehört zu den am meisten verbreiteten Lyrikveröffentlichungen der letzten Jahrzehnte. Sie wird weltweit in den bedeutendsten Bibliotheken eingestellt, z.B. in der Wiener Staatsbibliothek, in der Schweizer Nationalbibliothek, in der Französischen Nationalbibliothek und in der National Library of Congress in Washington.

Nochmals Gratulation zu diesem Erfolg! Wir freuen uns sehr, dass Sie zu den in einem Standardwerk neuer Lyrik publizierten Autoren zählen werden.

Mit freundlichen Grüßen
BRENTANO-GESELLSCHAFT FRANKFURT/M. MBH
i. A.

Christina Spannuth

„Wie extrem sind die Wutbürger? .....“
Fortsetzung von Seite 1

Er will nicht mehr staatstragend sein, weil ihm der Staats fremd geworden ist. Da hat sich etwas grundsätzlich gewandelt. Für den Bürger hat der Staats auch den Charakter einer Burg. Er schützt vor dem Bösen, und das kam aus Sicht vieler Bürger lange von links, von den 68ern, den Terroristen und den Kommunisten im Osten. All das ist verschwunden, und die 68er sind jetzt selbst die Bürger. Die Burg wird nicht mehr gebraucht.“

Das war so griffig. Möglicherweise wurde gerade ein neues Unwort gebraucht, oder der SPIEGEL wollte einfach nur originell sein. Jedes Aufsehen hilft. Am Ende war der „Wutbürger“ zum „Wort des Jahres 2010“ geworden. Auch der Duden kam nicht umhin, ihm Zutritt zu gewähren. Das sei „Zeitungsjargon“, formulierten die Sprachwächter, für einen ***„aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierende und demonstrierende Bürger“.***
Der SPIEGEL war an der zitierten Stelle noch nicht fertig mit seiner Breitseite gegen den vermeintlichen Wutbürger. Es wurde noch besser.

Letztes Zitat: ***„Die Wutbürger sind zu einem großen Teil ältere Menschen, und wer alt ist, denkt wenig an die Zukunft. Ihm bleiben noch zehn oder zwanzig Jahre, die will er angenehm verbringen, was verständlich ist. Der Bau des Bahnhofs vergällt ihm das Leben, von dem neuen Bahnhof wird er nicht mehr viel haben. Er ist saturiert, er hat keine großen Ziele mehr, strebt nicht, sondern erhält, verteidigt den Status Quo, ihm graut vor dem Wandel. Weil Deutschland altert, erlahmt es auch. ... Das Bestehende soll bleiben, weil es vertraut ist, weil es ohne Lernen bewältigt werden kann. Und der Angstbürger wird leicht ein Wutbürger, der sich gegen alle wendet, die anders leben, anders aussehen, anders glauben.“***

Schluss mit fremden Texten. Sehen wir uns die verschiedenen Varianten des Wutbürgers in seinem natürlichen Umfeld an. Dann werden wir am Ende erkennen, dass es sich der SPIEGEL zu einfach gemacht hat, dass es wesentlich mehr Abarten des Wutbürgers gibt, und dass dieser sich in kein Schema pressen lässt. Die oben praktizierte Verallgemeinerung sieht es wie eine imaginäre Rentner-Truppe aus, die aus Langeweile auf die Strasse geht. Etwas mehr Ernst bitte, beim Hamburger Leitmedium! Ganz lange, bevor es die Wutbürger offiziell gab (also, mit Duden und so), beherrschten schon inofizielle Wutbürger die Medien. Um nicht das eigentliche Thema aus den Augen zu verlieren, will ich es bei Stichwörtern belassen. Ich möchte aber auch nicht zu Adam und Eva zurückgehen. Fangen wir mit den „Schwabinger Krawallen“ an, die im Osten zur Kriegsgeschichte eines fernen, exotischen Landes gehören. Schwabing heisst die Münchner Vergnügungsmeile. An einem lauen Sommerabend des Jahres 1962 wollte die Polizei fünf Straßenmusikanten festnehmen, da diese die Sperrstunde mißachtet hatten.
Die Folge: Vier Tage dauernde Straßenschlachten zwischen bis zu 40 000, ich sage mal Zivilisten, und der damals häufig noch berittenen Polizei. 400 Personen wurden festgenommen, viele mit ernsten Schlagstock-Wunden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die **„Schwabinger Krawalle“** waren für nicht wenige Jugendliche prägend, zum Beispiel für Andreas Baader, dem späteren Terroristen. Sie wissen schon: Baader-Meinhof. Historiker halten die „Schwabinger Krawalle“ auch für ein einschneidendes Erlebnis, dass das Ende der muffigen Ära Adenauer beschleunigt hat. Hier wird gerne der Bogen gespannt zu den Studentenunruhen der späten 60er und frühen 70er Jahre. Wutbürger waren in jedem Fall am Werk.
Doch, halt, müssten wir an dieser Stelle - objektiv gesehen – nicht schon längst die seltene Spezies des Wutbürgers Ost eingefügt haben?

Der gescheiterte Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Was hatten der alte Osten und der alte Westen gemeinsam, wie weit waren sie auseinander, wenn es um die blanke Wut ihrer Bürger ging?

Die 70er und die 80er Jahre kamen und gingen in diesem Bereich ohne wirkliche Gemeinsamkeiten. Den deutschen Herbst, also den Links-Terrorismus, möchte ich nicht mit den Wutbürgern verbinden. Das hat deutlich mehr mit Kriminalität zu tun. Die DDR erlebte keinen Terrorismus, und da hat sie nichts versäumt. Eine Friedensbewegung gab es zu Zeiten der **NATO-Nachrüstung** und ähnlicher Bemühungen des Warschauer Pakts im Osten wie im Westen. Nur, bei uns war es eine Massenveranstaltung. Hier passten die Aktivisten in einen kleinen Saal.
Wenn die Rede auf die Blockade der Pershing-Raketen und den Kundgebungen im Bonner Hofgarten, auf Frankfurter Randale und die Rhein Main Air Base kommt, dann werden die alten Grünen wieder jung und verfallen in revolutionäre Melancholie. Ein solches Gemeinschaftserlebnis gab es bei den SS-24 und bei den nuklearen Gefechtsköpfen in Wünstorf nicht. Warum? Was trennte uns in diesem Zusammenhang?
In den vergangenen 25 Jahren haben die deutschen Wutbürger ordentlich zugelegt.
Spätestens jetzt muss ich

Fortsetzung weiter auf Seite 10

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen! Bertrand Russel

„Wie extrem sind die Wutbürger?.....“
Fortsetzung von Seite 9

mich mit Stichworten begnügen, da uns der Stoff sonst erdrückt.
Stuttgart wurde bereits mehrfach erwähnt. **Stuttgart 21** heisst das Bahnhofs-Projekt. Es begann 1994 und soll 2022 beendet sein, den Bahnhof der baden-württembergischen Landeshauptstadt im Sinne des Wortes unter die Erde bringen und regionale Verkehrsprobleme lösen.
Die Kosten waren einst mit zweieinhalb Milliarden Euro kalkuliert. Sie liegen heute bei etwa 6,8 Milliarden Euro. Zehntausende gingen gegen Stuttgart 21 auf die Strasse. Vergleichsweise selten kam es zu blutigen Zusammenstößen. Bereits 2007 wurde das Bürgerbegehren abgelehnt. Eine Volksabstimmung brachte im November 2011 eine Mehrheit für die Bau-Fraktion. 58 Prozent der Schwaben wollen den Bahnhof Stuttgart 21 haben. Nachdem inzwischen sogar ein grüner Ministerpräsident übernommen hatte, brach der Widerstand danach zusammen.
Etwa zur gleichen Zeit entschied sich die Zukunft von **Gorleben**, dem atomaren Zwischenlager in Niedersachsen. 35 Jahre lang hatten die Bundesregierungen auf den Salzstock von Gorleben zur Entsorgung von radioaktivem Abfall vertraut. Wann immer ein Güterzug mit Castoren, so heißen die dickwandigen Behälter, kam, eilten die Wutbürger von nah und fern herbei. Sie ketteten sich ans Gleis, entfernten die Schottersteine und prügelten sich mit den bis zu 19 000 Polizisten. Gerade Gorleben polarisierte eine ganze Generation, die mit der zivilen Verwendung der Atomkraft nicht einverstanden war, und der ein Ausstieg aus der Kernkraft nicht schnell genug gehen konnte. Seit Ende 2011 ist es ruhig geworden. Die Suche nach einem neuen Atommüll-Endlager läuft. Danach beginnen auch wieder die Straßenkämpfe.
Umstrittene Bauprojekte gibt es überall im Land. Die berühmte Frankfurter **Startbahn West** hat den Level der Gewalt zwischen Staat und demonstrierendem Bürger weiter eskalieren lassen. Hier passierten am 2. November 1987 die bislang einzigen tödlichen Angriffe auf Polizeibeamte in der bundesdeutschen Geschichte während einer Demo. Ein damals 33jähriger Militanter feuerte Schüsse auf Angehörige der hessischen Bereitschaftspolizei. Zwei Beamte starben und sieben wurden schwer verletzt. Der Täter wurde zu 15jähriger Haft verurteilt. Aktuell geht es in Frankfurt um ein umstrittenes drittes Terminal mit zwei Flugsteigen und einer Kapazität von 14 Millionen Passagieren pro Jahr. Der Bauantrag des Zwei-Milliarden-Projekts wurde vor zwei Wochen genehmigt. Reaktionen stehen noch aus.
In München wird eine neue Start- und Landebahn mit wesentlich weniger Nebengeräuschen durch die Institutionen geschoben.
Wenige Kilometer entfernt entsteht eine **Autobahn durch das Isental**, gegen die sich die anliegenden Gemeinden und Bürger seit drei Jahrzehnten – und bisher einer Million Euro Kosten - wehren. Die letzten Genehmigungen wurden erteilt, zum Schluss das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bemüht. Bis 2018 sollen die fehlenden 34 Kilometer gebaut sein. Heiner Müller-Ermann, der Anführer der Projektgegner, versicherte der „Süddeutschen zeitung“: „Wir waren immer gewaltfrei und werden es bleiben, auch wenn die Bagger unserem Lebensraum Gewalt antun.“
Die Jugendaufstände der letzten Jahre waren ein weltweites Phänomen. Von den USA ausgehend, eroberte die **Occupy-Bewegung** die Parks der großen Städte, lieferte sich Schlachten mit hochgerüsteten Polizeikräften, und zog natürlich stets den Kürzeren. Ich habe selbst in der Innenstadt von Washington die Räumung des dortigen Occupy-Camps miterlebt. Eine Keilerei von Sonnenaufgang bis zum späten Nachmittag. Eines der Hauptanliegen der Occupy-Aktivisten ist das desolate Finanzwesen. Deshalb heisst der bekannteste Zweig auch Occupy Wall Street.
Bild: www. Wikipedia.de zum Thema Occupy Wall Street

Die Wall Street ist das Börsen- und Bankenzentrum New Yorks. Auch zwischen den Türmen der Frankfurter Banken campierten eine Zeitlang mehrere Tausend Demonstranten.

„Ihr okkupiert das Geld, wir okkupieren die Welt!“ stand auf den Transparenten zu lesen.
In anderen Staaten geht es längst nicht mehr um das übliche Einkommensgefälle, sondern knallhart um Arm und Reich, um arbeitslos und vollbeschäftigt. Spanien, Griechenland, Italien sind solche Länder, wo die Occupy-Aktivisten ihre Wut hinausschreien. Die Tür-

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Daß etwas erwünscht ist, bewirkt noch nicht, daß man daran glaubt!
Marcel Proust (1871-1922)

„Wie extrem sind die Wutbürger?....“
Fortsetzung von Seite 10

ken gingen mit hohen menschlichen Verlusten gegen Erdogan vor, die Ägypter gegen Mubarak und später gegen die Moslembrüder, die Brasilianer gegen die Megastadien der Fussball-WM, die Ukrainer gegen die Russland-treuen Apparatschiks. Die täglichen Wutbürger kommen aus den frustrierten Mittelschichten, und nicht aus dem Altenheim.

Was für ein Kontrast, wenn wir die Schweiz betrachten, wo die Wutbürger auf völlig anderem Niveau antreten. 68 Prozent der Schweitzer gewannen eine Volksabstimmung gegen „Abzockerei“. Also gegen überhöhte Bonuszahlungen für Manager. Wutbürger de Luxe.
Wir haben noch gar nicht über Mitbürger gesprochen, die eigentlich auch in unser Schema gehören, aber längst als sogenannter Mainstream akzeptiert werden. **Greenpeace!**

GREENPEACE

Logo: www.Wikipedia.de

Aktivisten der Friedensbewegung gründeten die globale Organisation 1971 in Vancouver, Kanada. Mit rund drei Millionen Spendern und 1200 Aktiven kümmert sich Greenpeace – von Amstwerdam aus - vor allem um Umweltschutz. Immer wieder machen die zumeist jungen und gut ausgebildeten Aktivisten durch spektakuläre, medienwirksame Auftritte gegen Kernkraft, Walfang, Gentechnik oder die Zerstörung von Urwäldern auf sich aufmerksam. Die Projekte der deutschen Greenpeace-Gruppe richteten sich bislang gegen die Verseuchung der Nordsee mit Dünnsäure, die Luftverschmutzung durch den Chemieriesen Boehringer, gegen die Ölplattform „Brent Spar“.

1985 war das wichtigste Jahr in der Geschichte von Greenpeace. Da beschloß die französische Regierung, die Greenpeace-Verfolger bei den Atomtests im Südpazik durch eine Geheimdienst-Operation zu stoppen. Taucher der französischen Marine brachten im Hafen von Auckland, Neuseeland, Sprengsätze am Greenpeace-Flaggschiff **„Rainbow Warrior“** an. Das Schiff sank. Ein Fotograf kam ums Leben. Mehrere Täter wurden gefasst, die Tat weitesgehend aufgeklärt. Das hatte weltweite politische Folgen. Bei der letzten großen Aktion ging es 2013 gegen eine russische Ölbohrplattform in der Arktis. Die Aktivisten wurden vorübergehend festgenommen.

Mit Greenpeace verwandt ist eine Organisation namens **„Robin Wood“.** Ihre Gründer haben irgendwann Greenpeace verlassen, um sich verstärkt dem Schutz der deutschen Wälder widmen zu können. Inzwischen kümmern sie sich auch um Tropenwälder, um Verkehr und Energie. „Robin Wood“ sitzt in Bremen und kann sich auf 3500 Spender sowie 1400 aktive Mitglieder verlassen, die auch mal die Bäume an der Waldschlösschenbrücke in Dresden oder einen industriellen Schornstein besetzt, der zuviel Feinstaub ausspuckt.
Der frühere Geschäftsführer von Greenpeace International, Thilo Bode, gründete eine Organisation namens **„Foodwatch“.** Damit will er die „verbraucherfeindlichen Praktiken der Lebensmittelindustrie“ entlarven. Es geht konkret um Agrar-Spekulationen, um die Kennzeichnung versteckter tierischer Bestandteile in Lebensmitteln, um mehr Transparenz in der Lebensmittel-Kontrolle.
ATTAC wurde 1998 in Frankreich ins Leben gerufen und widmet sich mit weltweit 90 000 Mitgliedern dem Kampf gegen die ausufernde Globalisierung. Der deutsche Zweig versteht sich als „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“.
Amnesty International setzt sich weltweit für Menschenrechte ein. Die Organisation wurde 1961 von einem englischen Rechtsanwalt gegründet. Heute bekennen sich drei Millionen Menschen zu den Zielen der zumeist ehrenamtlichen Aktionen. Sie schreiben „Briefe gegen das Vergessen“, in denen sie sich für politische Häftlinge einsetzen, untersuchen die Menschenrechts-Situation in zahlreichen Staaten, veröffentlichen darüber Berichte und Jahrbücher. Amnesty ist häufig betulich und bürokratisch, und dann wieder hochaktuell. Beispiel: In dieser Woche erschien der spektakuläre Amnesty-Bericht über die laufenden ethnischen Säuberungen im Irak, also über den Völkermord durch die Islamisten-Banden, die dort ein mittelalterliches Kalifat errichtet haben.
Eine eigene Kategorie, über die man abendfüllend sprechen könnte, sind die Tierschützer. Sie treten in allen Erscheinungsformen auf, von wissenschaftlichen Foren bis zu Untergrund-Gruppierungen, die in Versuchslabors einbrechen, die dortigen Käfigtiere befreien und die Gebäude anzünden. In England beschäftigt sich mit ihnen der Verfassungsschutz, MI 5. Deutsche Gruppen, die es immerhin auf einige tausend hochmotivierte Mitglieder und Mitarbeiter bringen, erregen vor allem Aufsehen, wenn sie nachts in Ställe gehen, dort tote Schweine und Hühner bzw. Puten filmen und dies mit Hilfe von SPIEGEL TV oder Report Mainz einer breiten Öffentlichkeit vorführen. Zu den beliebtesten Gegnern von Gruppen wie **PETA** oder **Soko Tierschutz** gehören der „Wiesenhof“-Konzern und seine vielen landwirtschaftlichen Ableger bzw.

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Wer sein Recht nicht wahret, gibt es auf!

Ernst Raupach

Manfred Schmidt
Baldham

Offener Brief per E-Mail

Ministerpräsident des Freistaates Bayern
Herrn
Horst Seehofer, MdL

Bitte vor der Kabinettssitzung am 09.09.2014 zur Kenntnis nehmen

Ungebremster Zustrom von Asylbewerbern,
Flüchtlingen und Illegalen nach Bayern – Scharia-Polizei als Unwort des Jahres

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

meine besorgte E-Mail an den Herrn Staatsminister des Innern übermittele ich Ihnen mit folgenden zusätzlichen Ausführungen:

Die aktuellen Handlungsweisen und bisherigen Verlautbarungen der von Ihnen geführten Bayerischen Staatsregierung vermitteln den Anschein einer "Bringschuld" für die **ungebremste** Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Illegalen in unserem Lande, wofür es allerdings weder eine moralische Berechtigung noch eine juristische Grundlage gibt.

Einziges Ziel Ihrer Politik scheint zu sein, unter allen Umständen Unterbringungsmöglichkeiten mit "All-inklusiv-Versorgung" für den täglich anschwellenden Zustrom dieser Personen bereit zu stellen.
Dabei lassen Sie leider die Aufnahmebereitschaft und –fähigkeit der einheimischen Bevölkerung ebenso außer Acht wie die nachhaltigen Belastungen einer solch unkontrollierten Einwanderung mit den abzusehenden Auswirkungen auf Finanzen, Natur und Umwelt (Flächenfraß durch zusätzlichen Siedlungsbedarf) sowie Gesellschaftspolitik und insbesondere auf unser ohnedies schon stark strapaziertes Sozialsystem.

Die allseitige "Migranten-Verklärung" scheint inzwischen zum Staatsziel avanciert zu sein.

Asylbetrug und Mißbrauchsfälle werden von den „Gutmenschen" als ledigliche Einzelfälle abgetan und nur unzureichend verfolgt; mir scheint, daß es sich eher um **Mißbrauch auf breiter Front** handelt.

Augenzeugenberichten zufolge scheinen manche der täglich zu Hunderten z.B. in Rosenheim aus den "Italien-Zügen" heraus aufgegriffenen Illegalen teilweise modisch gekleidet zu sein, mit Handys und gelegentlich sogar mit iPads ausgerüstet zu sein und dem unbefangenen Betrachter oftmals eher den Eindruck von "Shopping-Touristen" zu vermitteln.

Letztlich wird – ganz im Sinne der **Sozial- und Einwanderungslobby** - wohl jeder noch so unberechtigte Anspruch befriedigt, abgeschoben wird kaum jemand und "Dublin II" verkommt zur Farce.

Fortsetzung weiter auf Seite 13

„offener Brief an den Ministerpräsidenten....."
Fortsetzung von Seite 12

Die "Grünen" – von manchen in unserem Lande als "politischer Arm der Einwanderungsindustrie" empfunden – blockieren vernünftige Lösungen.

Die übertriebene Willkommenskultur schafft In unverantwortlicher Weise in aller Welt zusätzliche **Anreize**, "Germany" wird als Zauberwort per Handy und Internet in die entferntesten Winkel der Erde getragen.

Wir werden des Ansturms nicht mehr Herr werden, deshalb sollten Sie nicht ständig nach noch mehr Unterkunftsmöglichkeiten Ausschau halten, sondern lieber den **Zustrom auf ein erträgliches Maß zurückführen**, und zwar auch durch unverzügliche und konsequente **Rückführung** Unberechtigter.

Unser soziales Netz läuft Gefahr unter dem Vorwand angeblich unbegrenzter humanitärer Verpflichtungen zugrunde gerichtet zu werden.

Deswegen erwarte ich von Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, **Augenmaß** und **gesunden Menschenverstand** einzusetzen und sich nicht vom moralischen Erpressungspotential der Einwanderungslobby einschüchtern zu lassen sowie sich deren Medienmacht und ihrer **verlogenen Tabusprache** zu beugen.

Energische Maßnahmen sind gefragt, damit wir den <u>wirklich</u> politisch, rassistisch und religiös Verfolgten ausreichend Schutz auf Zeit bieten können.

Zu ignorieren wären auch die teilweise immer **unverschämter werdenden Forderungen**, wie "**Bleiberecht für alle**", durch die manche unserer "Gäste" dem Aufnahmestaat auch noch vorschreiben möchten, wie mit ihnen umzugehen ist.

Der unglaubliche Vorfall in Wuppertal mit dem – kaum sanktionierten – Auftreten einer "**Scharia-Polizei**" (dieser Begriff ist übrigens bestens als **Unwort** des Jahres geeignet) im öffentlichen Raum auf deutschem Boden könnte ein deutlicher Hinweis dafür sein, was uns durch unkontrollierten Zuzug noch alles blühen kann, wenn sich die **"einschlägigen Kreise" erst stark genug fühlen.**

Ich schreibe zwar ausschließlich im Namen meiner Frau und mir, zugleich aber wohl auch vielen anderen aus dem Herzen, wenn ich zahlreiche Gespräche der letzten Zeit halbwegs richtig wahrgenommen habe.

Ich wünsche Ihnen **Unbeirrbarkeit** und **Stehvermögen**; Ihrer Antwort sehe ich mit lebhaftem Interesse entgegen.

Freundliche Grüße

Manfred Schmidt

Den Ausführungen meines Mannes schließe ich mich ebenfalls mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen an.

Ute Schmidt

Fortsetzung weiter auf Seite 14

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!
Sir David Eccles

„offener Brief an den Ministerpräsidenten....."

Fortsetzung von Seite 13

Email an den Innenminister

From: mautidt@gmx.de
Sent: Sunday, August 24, 2014 2:16 PM
To: Herrmann Joachim Staatsminister
Cc: Müller Emilia Staatsministerin ; Bedford-Strohm Heinrich Prof. Dr.
Subject: Übertriebene Willkommenskultur für Asylbewerber und Flüchtlinge - Vernachlässigung deutscher Pflegebedürftiger

An den
Bayerischen Staatsminister des Innern
Herrn
Joachim Herrmann, MdL

Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann,

dem beigefügten SZ-Bericht vom 23./24.08.2014 zufolge rügen Sie – m.E. völlig zu Recht – erneut Italiens Flüchtlingspolitik. Wenn das aber nicht nur als **Theaterdonner** wirkungslos verhallen soll, müssen dringend angemessene **Taten folgen**.

Da wäre z.B. "**Dublin II**" konsequent auszuschöpfen, z.B. durch verweigerte Aufnahme bzw. sofortige "Rückschiebung" ins "EU-Erst-Ankunftsland" sowie **zügige Abschiebung** aller abgelehnten Personen **statt** der offensichtlich **allzu großzügigen Duldungen**.

Wegen der Vielzahl **vermeintlicher Abschiebehindernisse** verstärkt sich der Eindruck, daß letztlich nahezu **alle auf Dauer bleiben**, die einen **anerkannt**, die anderen **geduldet**; im Ergebnis bedeutet das keinen Unterschied, zumal auch die lediglich Geduldeten alle Sozialleistungen genießen dürfen (Einwanderung in unser ohnehin schon stark strapaziertes Sozialsystem).

Deutschland ist damit das **beliebteste Zielgebiet** der halben Welt.

Das muß zwangsläufig zu **unerträglichen Verhältnissen** bei uns führen, zu einer unverantwortlichen Belastung der öffentlichen Haushalte, zu zusätzlichem Raubbau an Grund und Boden (Flächenfraß für ständig neue Wohnsiedlungen) und zu nicht mehr beherrschbaren gesellschaftspolitischen Spannungen, z.B. durch Überforderung der Integrationsbereitschaft und –fähigkeit der einheimischen Bevölkerung sowie durch fortschreitende Bildung von Parallelgesellschaften.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung bedeutet also nicht – wie uns die **links dominierte Presse** glauben machen will – alle willkommen zu heißen, die sich – durch Schleuserbanden oder sonst wie – hier "eingefunden" haben, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten den politisch, religiös und rassistisch verfolgten Schutz zu bieten, solange es nötig ist; durch zügige Abschiebung abgelehnter Personen könnten die Unterkunftsprobleme erheblich gemildert werden.

Aus den Anlagen "Kein Auswärtsspiel für Asylbewerber" und "Systematisch weggeschaut" wird der ganze **Kontrast** durch die mittlerweile eingetretenen **Akzentverschiebungen in der Sozialpolitik** beispielhaft sichtbar.

Auf der einen Seite die flächendeckenden Mängel in Sachen "**Pflegebedürftigkeit**" unter ständiger Verletzung von Art. 1 des Grundgesetzes ("**Die Würde des Menschen ist unantastbar**"), auf der anderen Seite wenig verständliches Wehklagen über lediglich Teilnutzung ("**nur**" Teilnahme an Heimspielen) sportlicher Chancen, als ob das für Asylsuchende/Flüchtlinge elementar wäre !

Die horrenden **Kindergeldzahlungen** auch an abgelehnte, jedoch geduldete Asylbewerber/Flüchtlinge sowie neuerdings sogar Bestrebungen, diesem Personenkreis auch noch **Bafög-Leistungen** zugute kommen zu lassen, sprengen langsam jeden Rahmen solider Finanzpolitik und lassen immer mehr am gesunden Menschenverstand unserer Berufspolitiker zweifeln.

Es war falsch, die Passage in den Richtlinien zu streichen, daß die **Bereitschaft zur Rückkehr** zu fördern ist; stattdessen schaffen wir immer mehr **Anreize** für nicht mehr zu bewältigende **Flüchtlingsströme**.
Eine gut organisierte "**Schlepper- und Schleuserindustrie**" gedeiht auf Kosten des deutschen Steuerzahlers prächtig und im Inland blüht allmählich ein **kostspieliges Willkommens-Dienstleistung-Angebot** mit immer mehr Planstellen für Betreuungspersonal auf, während **gleichzeitig unmenschliche und unwürdige Pflege in den Heimen wegen völlig unzureichender Personalausstattung billigend in Kauf genommen wird !**

Sind denn, Herr Staatsminister, unsere Pflegebedürftigen trotz jahrzehntelanger Steuer- und Beitragszahlung in unserem Lande weniger wert als z.B. Wirtschaftsflüchtlinge?

Ein sehr durchsichtiges und unzutreffendes Argument ist, daß man z.B. Pflegebedürftige nicht gegen Asylsuchende/Flüchtlinge "ausspielen" dürfe.
Wegen des **Allzusammenhangs aller Ausgaben** untereinander (jede Ausgabe für einen Zweck fehlt für alle anderen und jeder für einen Zweck nicht ausgegebener Betrag steht für alle anderen Zwecke zur Verfügung) und der Tatsache, daß der **Sozialhaushalt nicht uferlos** ausgedehnt werden kann (er muß schließlich erst erwirtschaftet werden) ergibt sich zwangsläufig das Erfordernis, **Prioritäten** zu setzen und **Augenmaß** in allen Belangen walten zu lassen.

Deutschland kann weder Herberge noch Sozialamt für die halbe Welt sein.

Rein vorsorglich weise ich daraufhin, daß ich weder für Alt- noch für Neu-Nazis Sympathien empfinde; mit meiner Familie zusammen habe ich im Übrigen – wie leider viele meiner Generation - schwer unter dem verbrecherischen Nazi-Terrorregime und seinen Nachkriegsfolgen gelitten. In meiner ganzen Verwandtschaft war kein einziges NSDAP-Mitglied, gleichwohl mußten und müssen wir aber für die Verbrechen von Hitler und seinen Spießgesellen zahlen, während sich viele frühere Nazi-Funktionäre nach dem Krieg flugs über ihr braunes ein demokratisches Mäntelchen umgehängt haben und leider in Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung teilweise sogar Spitzenpositionen einnehmen durften.

Mit der "Nazi-Keule" kann man bei mir nun wirklich nicht "landen".

An zügellosem Zuzug von Analphabeten und Prekariat bin ich nicht interessiert, gleichwohl aber an **geregeltem Zuzug** arbeitswilliger und ausgebildeter **ausländischer Arbeitskräfte**, den ich sogar für **notwendig** halte.

Bitte, sehr geehrter Herr Staatsminister, vernachlässigen Sie nicht die legitimen deutschen Interessen und holen Sie nicht unlösbare und unbezahlbare Probleme in unser schönes, aber ohnehin schon dicht besiedeltes Land!

In Erwartung einer halbwegs zufriedenstellenden Antwort verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Manfred Schmidt
Gemeinderat in Vaterstetten ununterbrochen seit 1996
Vorsitzender und Gründer der Manfred-und-Ute-Schmidt-Sozialstiftung

Fortsetzung weiter auf Seite 15

Solange man dem anderen sein Anderssein nicht verzeihen kann, ist man weitab vom Wege der Weisheit.. Sprichwort aus China

DENK´
MAL! Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen

Ausgabe Nr. 17 | Seite 15 | Dezember 2014

„offener Brief an den Ministerpräsidenten....."
Fortsetzung von Seite 14

Antwortmail vom Landesbischof Bedford-Strohm

From: Wagner-Pinggera Andrea
Sent: Wednesday, September 17, 2014 9:23 AM
To: mautidt@gmx.de
Subject: AW: Anregungen und Kümmernisse

Sehr geehrter Herr Schmidt,
Landesbischof Bedford-Strohm hat Ihre Mail gelesen und mich gebeten, Ihnen zu antworten.
Sie regen an, in die Perikopenordnung Mt 23 aufzunehmen. Sie haben recht, dass über diesen Text vermutlich selten gesprochen wird. Er ist am 11. Sonntag nach Trinitatis zwar Predigttext, aber außerhalb der gewohnten Predigtreihen. Allerdings ist das Evangelium diesen Sonntags (Lk 18, 9-14) nicht weniger scharf und deutlich denen gegenüber, die meinen, sich über andere erheben zu dürfen und die meinen – aus welchen Gründen auch immer – besser zu sein als andere. Gerade die Perikopentexte am Ende des Kirchenjahres beschäftigen sich inhaltlich sehr stark mit Selbstzufriedenheit und einer Geisteshaltung, die wenig mit Demut zu tun hat. Ich weiß nun nicht, was Sie zu der Einschätzung kommen lässt, dass unter Geistlichen (das meinen Sie vermutlich mit „Amtskirche") Eitelkeit besonders verbreitet ist, aber es stimmt natürlich, dass diese sich mit dem christlichen ganz besonders schlecht verträgt. Aber so allgemein, wie Sie es formulieren, kann ich diesen Vorwurf nicht teilen.
Sie vermissen überdies klare Worte in Bezug auf Christenverfolgungen insbesondere durch Muslime. Wenn man die öffentlichen Äußerungen der evangelischen Kirche der letzten Monate ansieht, kann man wohl zu einem derartigen Urteil kommen. Aber gerade öffentliche Stellungnahmen haben es in sich: zwar sind sie deutlich, aber bewirken möglicherweise das Gegenteil. Wenn wir wollen, und das wollen wir, dass Muslime selbst sich gegen Radikalisierung und Islamismus abgrenzen, bedarf es des beständigen Gespräch, das naturgemäß eher nichtöffentlich ist. Unsere Hoffnung ist, dass dies letztlich mehr bewirkt als starke Worte in der Öffentlichkeit. Die Äußerungen des Imam von Penzberg, der in der vergangenen Woche sehr eindeutig gegen Islamismus, Hass und Verfolgung Andersgläubiger Stellung genommen hat, sind für uns der richtige Weg, weil wir denken, dass Aussagen darüber, was Islam ist und was eben nicht, aus der Mitte der Muslime selbst kommen müssen.
Wie Sie vermutlich den Medien entnommen haben, war Landesbischof Bedford-Strohm in der vergangenen Woche für einige Tage im Nordirak. Ziel der Reise war es, den Christen aus Mosul und der Ninevehebene, die vor der IS geflohen waren zu zeigen, dass sie nicht allein und von aller Welt vergessen sind. Schon seit vielen Jahren beobachtet unsere Landeskirche sehr genau, was in den Ländern des Nahen Ostens mit den Minderheiten, und hier insbesondere mit den Christen geschieht. Bisher bewegte sich die Situation der Minderheiten meist im Bereich der Benachteiligung. Nun aber hat sich infolge von Kriegen und Aufstandsbewegungen ein verändertes Bild von Gewalt ergeben, die sich vor allem gegen Andersgläubige und Schwache (hier meine ich die Frauen, die besonders schutzlos sind) richtet. Die Christenverfolgung in etlichen Ländern des Nahen Ostens (auf die beziehe ich mich jetzt, weil unsere Landeskirche sich hier besonders engagiert), von der man jetzt wohl wirklich sprechen muss, hat Landesbischof Bedford-Strohm immer wieder in Predigten, Interviews und Beiträgen benannt. Das ist das Eine. Das andere aber ist, darüber nachzudenken, was wir hier tun können (denn Worte allein sind es ja nicht). In den letzten Jahren hat sich unsere Landeskirche besonders in der Südosttürkei wie auch im Nordirak dafür eingesetzt, dass für die Christen dort Bedingungen entstehen oder gestärkt werden, unter denen sie leben können. Jetzt, und damit sind wir bei der Asylfrage, werden wir wohl nicht darum herumkommen, uns dafür einzusetzen, dass Christen und andere religiöse (möglicherweise auch ethnische) Minderheiten Asyl auch hier in Deutschland finden, weil Leib und Leben in Gefahr sind.
Die Position unserer Kirche wie auch der EKD überhaupt in Bezug auf Flüchtlinge und Migranten ist, wenn ich es richtig sehe, nicht so einfach, wie Sie es dargestellt haben. Niemand behauptet im Ernst, dass Asylanträge nicht geprüft werden müssen und dass es Kriterien für eine Aufnahme in Deutschland geben muss. Allerdings dauern die Verfahren zu lange, die Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen in Aufnahmeeinrichtungen ist unzureichend. Dass darüber hinaus in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, oftmals ganz eigene Vorstellungen darüber bestehen, wie Asyl erlangt werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Ich meine, dass wir hier bedenken müssen, dass diese Menschen in aller Regel aus Ländern stammen, in denen Rechtsstaatlichkeit klein geschrieben wird und sie sich deswegen auch nicht vorstellen können, dass sie hier nach rechtsstaatlichen Kriterien behandelt werden.
Auf den besonderen Fall des Kirchenasyls will ich nicht eingehen. Wenn Sie diese Frage ausführlich behandelt wissen möchten, wenden Sie sich bitte an Kirchenrat Thomas Prieto Peral (thomas.prietoperal@elkb.de). Er ist unser Fachmann in diesem Gebiet.
Ein letztes noch: Sie vermissen ein deutliches Wort der Kirchen in Bezug auf die Pflege. Das wundert mich, weil beide Kirchen und ihre diakonischen Träger (Diakonie und Caritas) das Thema Pflege ganz oben auf ihrer Agenda stehen haben. Erst vor einigen Wochen haben der Landeskirchenrat und die Freisinger Bischofskonferenz sich darauf verständigt, das Thema Pflege noch deutlicher, und zwar gemeinsam, zusammen mit den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, in der Öffentlichkeit zu positionieren.
Ich kann gut verstehen, dass manches an der Kirche ärgerlich ist, gerade dann, wenn deren Positionen nicht mit den eigenen übereinstimmen. Aber, und das sage ich ganz persönlich: Es geht darum, immer auch die eigene Stimme in die Diskussion einzubringen. Denn letztlich lebt unsere Kirche, dass sich möglichst viele in aller Vielfalt beteiligen.
Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Andrea Wagner-Pinggéra

KRin Andrea Wagner-Pinggéra
Persönliche Referentin des Landesbischofs
Büro des Landesbischofs
Katharina-von-Bora-Straße 11-13
80333 München
Telefon: 089/5595-206
Fax: 089/5595-484
Mobil: 0177/7504128
Mail: Andrea.Wagner-Pinggera@elkb.de

Ökumene
Ihre Meinung zählt!
www.2017gemeinsam.de
2017 gemeinsam unterwegs

SZ 19.08.2014

„Es wird systematisch weggeschaut"

Armin Rieger reicht wegen der Missstände in Pflegeheimen Beschwerde beim Verfassungsgericht in Karlsruhe ein und kritisiert die Ignoranz des Staates. Das Pikante daran: Der Augsburger ist selbst Betreiber eines Heimes

VON STEFAN MAYR

Augsburg – Der Augsburger Pflege-Rebell Armin Rieger setzt seinen unkonventionellen Kampf gegen Missstände in der Pflege fort. Der 56-jährige Betreiber des Seniorenheimes „Haus Marie" hat Verfassungsbeschwerde eingelegt. Sein Vorwurf lautet: „Der Staat kommt seiner Schutzpflicht gegenüber alten und pflegebedürftigen Menschen nicht nach, weil er Missständen in den Pflegeheimen tatenlos zusieht." Rieger berichtet aus eigener Erfahrung: „Der vorgegebene Personalschlüssel und die zustehenden Mittel lassen eine menschenwürdige Pflege nicht zu." Rieger betont: „Es gibt kein Heim ohne Mängel."

Obwohl das Personal in fast allen Heimen am Limit arbeite, sei es nicht möglich, die vertraglich vereinbarten Leistungen zu erfüllen. „Vielmehr sind, trotz aller Bemühungen und trotz des freiwilligen Einsatzes von mehr Personal als gefordert, Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung", sagt Rieger. Vor ihm hat sich bereits der Münchner Rechtsanwalt Alexander Frey an das Bundesverfassungsgericht gewandt, zudem arbeitet auch der Sozialverband VdK an einer Verfassungsbeschwerde.

Sein Schriftsatz liest sich wie eine einzige Abrechnung mit dem aktuellen System der Pflege

Das Bemerkenswerte an Riegers Beschwerde ist, dass sie von einem Heimbetreiber kommt. Also von einem, der für Mängel in der Pflege zumindest mitverantwortlich ist. „Ich bin begeistert über Herrn Rieger", sagt der Münchner Anwalt Frey, „denn alle anderen Heime machen das nicht, weil sie ja weiterhin mit dem System Geld verdienen wollen." Ähnlich äußert sich Rieger selbst: „Schlechte Pflege zahlt sich wirtschaftlich aus." Sein 21-seitiger Schriftsatz liest sich wie eine einzige Abrechnung mit dem aktuellen System der Pflege. An einer Stelle wirft er Heimbetreibern, Pflegedienstleitern und weiteren Beteiligten sogar Urkundenfälschung und Betrug vor: „Jeder weiß, dass täglich Leistungen seitens der Pflegekräfte abgezeichnet oder dokumentiert werden, die nicht geleistet werden können." Dies sei Alltag und die Krankenkassen und Politiker wüssten das auch. „Doch es wird systematisch weggeschaut." Rieger kritisiert, unter den aktuellen Rahmenbedingungen in der Pflege sei „eine Berufsausübung unter ethischen Gesichtspunkten nicht vernünftig möglich". Diese Situation nehme der Staat „billigend in Kauf". Deshalb fordert Rieger: „Die Gerichte müssen den Staat dazu verpflichten, die pflegebedürftigen Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Rechte alleine durchzusetzen, zu schützen."

Tag für Tag werde die Würde der betroffenen Menschen verletzt. Gründe hierfür seien unter anderem: Personalmangel, dadurch entstehender Zeitdruck, psychische Belastungen, schwere körperliche Arbeit bei geringer Bezahlung und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung. Beispiele für unzulängliche Pflege gebe es jede Menge, beteuert er. „Es ist an der Tagesordnung, dass Bewohner warten müssen, bis sie zur Toilette gebracht werden." Oft würden geistig fitte Menschen mit geistig verwirrten Menschen gemeinsam untergebracht. „Das ist Psycho-Folter", sagt Rieger. „Teilweise werden Psychopharmaka zu Unrecht zur Beruhigung verabreicht, um einen einigermaßen reibungslosen Tagesablauf sicher zu stellen." Anwalt Alexander Frey fordert ebenfalls eine Änderung des Systems: „Dass eines der reichsten Länder nicht in der Lage ist, seinen Senioren eine menschenwürdige Pflege zu sichern, schadet unserem Ansehen und wurde bereits von den Vereinten Nationen offiziell gerügt."

Auch Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland und Vorsitzende des VdK Bayern bestätigt, dass etwas nicht stimmt in deutschen Heimen: „Pflegemissstände treten so zahlreich zutage, dass man schon lange nicht mehr von bedauerlichen Einzelfällen sprechen kann." Sie spricht von „Fixierungen oder dem Ruhigstellen mit Medikamenten, gefährlicher Pflege oder Vernachlässigung". Auch der VdK sei der Meinung, dass der Staat seiner Schutzpflicht nicht nachkomme. Derzeit arbeite der VdK an den Schriftsätzen von etwa sieben Beschwerdeführern: „Diese Verfassungsbeschwerden erhalten gerade den letzten juristischen Feinschliff", berichtet Ulrike Mascher, „in wenigen Wochen werden sie dann beim Bundesverfassungsgericht eingereicht." Die Tatsache, dass sich mittlerweile sogar ein Heimleiter nach Karlsruhe wendet, zeige „sehr deutlich, in welch großer Not die Pflege in Deutschland steckt".

Der Augsburger Heimleiter Armin Rieger nimmt kein Blatt vor den Mund und klagt auch sich selbst an: „Es gibt kein Heim ohne Mängel." FOTO: STEFAN PUCHNER

Fortsetzung weiter auf Seite 16

In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.
Aurelius Augustinus (354-430)

„offener Brief an den Ministerpräsidenten....."
Fortsetzung von Seite 15

SZ – 19.08.2014

Kein Auswärtsspiel für Asylbewerber

Fall eines Football-Spielers aus Würzburg sorgt für Unverständnis

Würzburg – Für Empörung sorgt der Fall des Würzburger Asylbewerbers und Football-Spielers Madiama Diop, der nicht zu Auswärtsspielen seiner Mannschaft mitfahren darf, weil dies angeblich gegen die Residenzpflicht verstoßen würde. Diop gilt als einer der Führungsspieler bei den Würzburger Panthers, bei einem Auswärtsspiel in Bamberg hatte das Team aber auf ihn verzichten müssen. Die für ihn zuständige Regierung von Mittelfranken hatte eine Ausnahmegenehmigung mit der Begründung abgelehnt, beim American Football liege der Schwerpunkt auf dem Freizeitwert der Veranstaltung, eine unbillige Härte insofern nicht vor. Der Würzburger SPD-Abgeordnete und frühere Oberbürgermeister, Georg Rosenthal, kritisiert dies scharf: Ein Asylbewerber dürfe sich offenbar nicht mal in seiner Freizeit vergnügen, dies sei „die Maske der Unmenschlichkeit". Verantwortlich dafür sei die Politik der Staatsregierung, die an der Residenzpflicht für Flüchtlinge festhalte.

Im Freistaat dürfen Asylbewerber ihren Regierungsbezirk nicht ohne Ausnahmegenehmigung verlassen. Die Residenzpflicht gibt es in dieser strengen Form nur in Bayern und in Sachsen, sie wird immer wieder kritisiert, weil sie Integration verhindere und etwa die Teilnahme am Vereinsleben einschränke. In Würzburg hat der Fall des Senegalesen eine Welle der Solidarität ausgelöst. Weil der Spieler normalerweise die Nummer 45 trägt, haben die Panthers auf ihrer Facebook-Seite zahlreiche Fotos von Spielern, Trainern und Zuschauern veröffentlicht, die ein Trikot mit der Nummer 45 in die Höhe halten. Diop ist seit eineinhalb Jahren in Deutschland, für den Würzburger Verein spielt er seit vier Monaten. Bei der Zentralen Rückführungsstelle hatten Vereinsverantwortliche um eine Ausnahmegenehmigung gebeten – vergeblich. Der 29-Jährige dürfe ausschließlich an Heimspielen teilnehmen. In dieser Angelegenheit gebe es „derzeit keinen neuen Sachstand", teilt die zuständige Regierung von Mittelfranken am Montag mit. Man sei an die Rechtslage gebunden. PRZ

Prozent. SZ, FOTO: JOHANNES SIMON

SZ – 23./24.08.2014

Minister Herrmann rügt Italiens Flüchtlingspolitik

München – Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) attackiert die italienische Regierung wegen der stetig steigenden Flüchtlingszahlen. „Es ist Fakt, dass Italien absichtlich in vielen Fällen weder Personaldaten noch Fingerabdrücke aufnimmt, damit die Flüchtlinge in einem anderen Land Asyl beantragen können und nicht wieder nach Italien zurückkehren", sagte Herrmann am Freitag. Die Regierung von Oberbayern hatte am Donnerstag einen neuen Flüchtlingsrekord gemeldet – 319 Asylbewerber an einem einzigen Tag. „Ein Grund dafür ist, dass ein erheblicher Teil der in Italien ankommenden Flüchtlinge ohne das dafür vorgesehene Verfahren nach Deutschland weiterreist", sagte Herrmann. Der CSU-Politiker verwies auf die Diskrepanzen in den offiziellen Zahlen: In Deutschland seien 2013 mehr als 126 000 Asylanträge gestellt worden, in Italien nur 27 930. Nach den Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR landeten im vergangenen Jahr aber mehr als 60 000 Flüchtlinge an den italienischen Küsten an. Rom fordert seit Monaten finanzielle Unterstützung für die teure Rettung der Flüchtlinge aus dem Mittelmeer. Nach dem Dublin-II-Abkommen soll für Asylbewerber aber eigentlich das Land zuständig sein, das sie zuerst erreichen. UNHCR-Chef Antonio Gutierrez hatte im März festgestellt, dass die Bundesrepublik unter den entwickelten Industriestaaten „die größte Empfängernation" sei. „Es ist schon dreist vom italienischen Innenminister Alfano, einerseits die hohen Belastungen durch die über das Mittelmeer kommenden Flüchtlinge zu beklagen, andererseits die europäischen Asylbestimmungen zu missachten", kritisierte Herrmann. „Die sehen vor, dass das Land der Ersteinreise für die Durchführung der Asylverfahren zuständig ist." DPA

Sasan Harun-Mahdavi
München

Antwort auf den Offenen Brief von Herrn Manfred Schmidt

Wie Sie, liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe feststellen können, hat die Redaktion sich bewußt entschlossen, den als provokativ zu bezeichnenden Offenen Brief eines der Leser des „DENK´MAL!“ zu veröffentlichen, weil wir der Meinung sind, daß der Verfasser ein Thema offen anspricht, daß in vielen Bereichen unserer Gesellschaft sicherlich populärer ist, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Als Vorstandsmitglied des Vereins Leben und Leben Lassen e.V. – zur Verwirklichung der Menschenrechte, möchte ich hier nur den ersten Absatz, der wie folgt lautet:

„Die aktuellen Handlungsweisen und bisherigen Verlautbarungen der von Ihnen geführten Bayerischen Staatsregierung vermitteln den Anschein einer “Bringschuld” für die **ungebremste** Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Illegalen in unserem Lande, **wofür es allerdings weder eine moralische Berechtigung noch eine juristische Grundlage gibt.**“

diskutieren und meine Antwort auf diese Frage geben.

Es gilt festzuhalten, daß die Frage nach einer moralischen Grundlage sich für uns Münchener eigentlich von alleine erklärt. Wir leben hier in einer von der christlichen Religion geprägten Lebenskultur, worauf sich die hiesige Politik, aber auch Bevölkerung immer wieder gerne berufen.
Es gilt weiter unausgesprochen, daß das Menschsein uns schon zur humanitären Hilfe verpflichtet. Das hat nichts mit dem Begriff „Gutmensch“ zu tun, den der Verfasser mit einer negativen Gewichtung einsetzt, sondern mit der Bedeutung des Daseins als Mensch, als ein Teil der Weltbürgerschaft.
Die Nächstenliebe, die nicht nur in der Tierwelt bewundert wird, ist eine oft nicht wahrgenommene Grundvoraussetzung für das Fortbestehen der Menschheit auf dieser Erde.

Aber, was mich an diesem Offenen Brief am Meisten verwundert ist vor allem, weil es gerade dann verfaßt wurde, als eine Horde blutrünstiger Terroristen, unter dem Banner der Islamischen Religion, sich aufmacht um friedliche Syrer, Kurden, Iraker, Schiiten, Sunnisten, Yezidis, Christen usw. abzuschlachten.

Also frage ich mich, „Warum gerade jetzt?“.
Deutschland hat es geschafft, trotz vieler äußerer und sich selbst auferlegter Hindernisse, sich in den vergangenen Jahrzehnten zum 3. Größten Waffenexporteur der Welt zu entwickelt. Diese Waffen kommen entweder auf direktem oder indirektem Weg auf der ganzen Welt zum Einsatz.
Milliardensummen werden in der Wirtschaft eingenommen. Diese Milliarden bedeuten, hohe Steuereinnahmen für den Staat und viele lukrative Arbeitsplätze für die Bevölkerung. Ein nicht unbeachtlicher Teil geht also auch in die Taschen der Deutschen.
Die jüngste Drohung eines großen Waffenproduzenten, dieser würde den Firmensitz ins Ausland verlagern, weil die Bundeswehr zu wenig kaufe und dieser auch aus rechtlichen Gründen nicht exportieren dürfe, eröffnet die Frage, wie Deutschland dann zum Drittgrößten Waffenexporteur avancieren konnte. Jedenfalls, die Drohung hat in der Öffentlichkeit gewirkt und Minister Gabriel hat sofort den Export der Waffen zugelassen.

Hinzukommt noch, daß Deutschland angesichts des Aufrufs der Kurdischen Führer nun die Möglichkeit ergriffen hat, unter Umgehung der Exportgesetze und dem Deckmantel einer „Militärischen Hilf“, mittels Lieferung seiner Altbestände an die heldenhaften Kurdischen Peschmerga seine Waffenlager wieder endlich zu leeren, um dann selbst bei der Waffenindustrie neue Waffen zu kaufen.

Die aktuellen Nachrichten schmücken das Ganze nochmal mit Meldungen über Qualitätsmißständen bei der Ausrüstung der Bundeswehr bis hin zu den Eurofightern so derart, daß bei den zukünftigen Debatten um Anhebung des Bundeswehretats kein vernünftiger Volkvertreter, der noch in der nächsten

Fortsetzung weiter auf Seite 18

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!
Benjamin Franklin

„Antwort auf offener Brief.....“
Fortsetzung von Seite 17

Wahlperiode gewählt werden möchte, sich dagegen stemmen kann.

Nun stellt sich die Frage, ob Herr Schmidt und andere Bürger wirklich davon ausgehen, daß Waffen, die Deutschland an andere Nationen, u.a. auch an Syrien (Giftgas, Luftabwehrraketen etc. aus den 8er und 90er Jahren – Stichwort Golfkriege) geliefert hat und auch in Zukunft liefern wird, nur für die Vitrinenschränke gedacht waren und sein werden?
Daß die Menschen in Deutschland gerne unangenehme Dinge in die Vergessenheit verlagern, ist keine neue Erkenntnis.

Heute wissen wir, daß der ISIS, der im Übrigen laut der Edward-Snowden-Akte unter dem Projekt-Titel „Wespennest“ ein Konstrukt westlicher Geheimdienste (allen voran USA, Großbritannien und Israel) ist, genau mit diesen Waffen seine brutale Mission ausführt.
Die Waffen des IS stammen aus den Beständen Saudi Arabiens, Katars und den eingenommenen Militärbasen Iraks.
Dieser Krieg wäre, ohne die schweren Kriegsgeräte, nicht in dem Maße möglich gewesen. Unter normalen Umständen wären die Syrische und später die Irakische Armee sehr wohl in der Lage gewesen, diese Horde von Terroristen Herr zu werden.

Ungeachtet aller Versuche der Medien, sind die Bürger in der Zwischenzeit viel besser informiert und bemerken von selbst, daß die Berichterstattung nicht so stimmen kann, wie sie täglich uns vermittelt wird.

Trotz der Gefahr Teile des Leitartikels dieser DENK´MAL-Ausgabe zu wiederholen, bitte ich sie die aus unserer Sicht berechtigterweise offenen Fragen zu hinterfragen:

- Wie kommt es, daß der IS zwar so stark sein soll, daß dieser die Irakische Armee beinahe überrollt hätte, aber in den vergangenen zwei Jahren nicht in der Lage war Assad und seine stark angeschlagene Armee auszuschalten?

- Wieso sich die Regierung der Türkei, die durch die lange Grenze mit Syrien und dem Irak von Übergriffen des IS bedroht sein sollte, aus dem Konflikt weitestgehend raus hält?

- Wieso hat der IS in der Türkei eine politische Interessensvertretung?

- Wieso hat die Israelische Regierung, die sich am meisten vor einem brutalen fundamentalistischen Islamistischen Terrorstaat fürchten müßte, bis heute keine Reaktion gezeigt?

- Wieso sieht der Israelische Ministerpräsident Netanjahu in der Islamischen Republik Iran, die in ihrer 35-jährigen Geschichte trotz verbaler Kriegsführung bis heute nicht einen einzigen Krieg selbst angefangen hat, eine weit größere Bedrohung wie die mordende Horde von IS? Der IS ist doch militärisch so stark, daß weder die syrische noch irakische Armee, trotz Unterstützung durch US-Luftangriffe, diesen bisher besiegen konnten? Angeblich soll dieser Krieg nach Einschätzung durch Experten noch lange andauern, weswegen die USA die Hilfe von 10 weiteren verbündeten Staaten angefordert haben!

- Saddam-Hussein und seine befürchtete Armee, wurden von den US und Britischen Streitkräften fast im Alleingang innerhalb weniger Tage besiegt. Der souveräne Staat Irak wurde damals ohne eine völkerrechtliche Legitimation von beiden Staaten angegriffen. Warum werden die Terroristen des nicht einmal völkerrechtlich anerkannten Pseudo-Kalifats, unter dem Vorwand, kein Landkrieg mehr führen zu wollen, nur sehr halbherzig bekämpft? Warum winden sich alle westlichen Staaten nur so, damit sie nicht wirksam eingreifen müssen?

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!
August von Kotzebue

„Antwort auf offener Brief....."
Fortsetzung von Seite 18

- Denkt man zurück, dann fallen uns folgende Begriffe ein: Korea-Krieg, Vietnam-Krieg,

1. und 2. Golfkrieg gegen Irak, Afghanistan-Krieg, Balkan-Krieg, Libyen-Krieg, Syrien-Krieg;!
Darauf hin stellt sich die Frage: wieviel Demokratie und welche Freiheiten hat der von USA jeweils in nahezu regelmäßigen Abständen gefochtene Krieg den Menschen in diesen Ländern gebracht?

Es wird offensichtlich, daß der aktuelle Krieg, wie viele davor, gänzlich andere Ziele verfolgt, wie er augenscheinlich zu haben scheint.
Hier wird politisch in Kauf genommen, daß es Zigtausende Tote und noch viel mehr Verletzte und Flüchtlinge geben wird. Ob wir es wahr haben wollen, oder nicht: viele Fakten zeigen auf, daß auch unsere Regierung aktiv oder nur beobachtend an dieser menschenverachtenden Politik Teil hat.
Daher komme ich wieder auf den ersten Absatz des offenen Briefes zurück und sage:
Ja wir haben diese Regierung gewählt und wir haben damit eine hohe Bringschuld, und nicht nur eine moralische Pflicht sondern eine humanitäre Verantwortung. Dafür brauchen wir keine juristische Grundlage, sondern einen ungetrübten Verstand für die Menschlichkeit. Und das hat mit sog. „Gut-Menschen" nichts zu tun.

Die Redaktion des DENK´MAL! dankt ausdrücklich Herrn Schmidt für diese Diskussionsgrundlage und hofft auch in Zukunft auf weitere Leserbriefe unserer Leserinnen und Leser, die unserer Arbeit die Bedeutung geben.

„Wutbürger....."
Fortsetzung von Seite 11

Schlachthöfe, auch die immer wichtiger werdende Gen-Technologie. Sie befindet sich inzwischen weltweit in der Hand von drei Firmen. Im Labor bestimmen diese, wie das Nutztier der Zukunft auszusehen hat. Die schlanke Variante für möglichst viele Eier, die plumpe, fleischige für die Chicken MacNuggets und das Suppenhuhn.–
Zu den besonders spektakulären Vertretern der Tierschützer zählt der kanadische Walkämpfer Paul Watson, Gründer und Steuermann der paramilitärischen **„Sea Shepard Conservation Society"**. Auch seine steile Karriere begann bei Greenpeace. Irgendwann war ihm das alles zu friendlich. Er überzeugte genügend Spender, die Kriegskasse zu füllen, investierte in hochseetaugliche Schiffe, Hubschrauber und einschlägige Elektronik. Seit Jahren tritt er mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter als eine Art selbsternannte Meerespolizei gegen die japanischen Walfänger an. Das geht bis zu waghalsigen Fahrmanövern, die auch eine Kollision zwischen den Fischern und den Tierschützern einkalkulieren. Paul Watson hat stets ein Kamerateam an Bord und läßt die waghalsigen Operationen filmen. „Whale Wars" heißt die spannende Doku-Serie, die für weltweite Propagandaerfolge der Wutbürger zur See sorgen. In Tokio gilt Watson als reinrassiger Terrorist.
„Es ist nicht verwerflich, ein Terrorist zu sein, solange Du gewinnst", schallt es von Bord der „Sea Shepard".

Jetzt sind wir in der obskuren Situation, dass ich eine halbe Stunde über etwas gesprochen habe, was es eigentlich nicht geben soll. Heiner Geißler, ein CDU-Wutbürger sobald die Fernsehkameras auf ihn gerichtet sind, hat in der „Süddeutschen Zeitung" geschrieben, dass der – ich zitiere – ***„nihilistische Blockierer und Baumschützer, der aggressive Besitzstandswahrer und Fortschrittsbremser, der frustrierte Veganer und Feierabendrevoluzzer, eben der buhende, schreiende, hassende Wutbürger"*** in Wahrheit der moderne Aufklärer ist. Er zwingt den Staat zu mehr Demokratie. Die „Kraft des Zorns" lautete die sinnige Überschrift.

Kommt die „Berliner Zeitung" und schreibt: ***„Es gibt keinen Wutbürger, und es hat ihn nie gegeben..... Der Wutbürger als vermeintlich jüngste Erscheinungsform des Widerstands, als neues soziokulturelles Phänomen des saturierten, von egoistischen Interessen gehetzten und vom Hass auf den Staat getriebenen Bürgers, der in Anzug, mit Krawatte und Pepitahut seine Faust im Namen seines Rechtsempfindens im Gesicht des Polizisten versenkt, war schon immer eine Fiktion der Medien, die es immerhin zum `Wort des Jahres´brachte. Mehr aber war er nie."***

****

Denken und Wissen sollten immer gleichen Schritt halten. Das Wissen bleibt sonst tot und unfruchtbar! Wilhelm von Humboldt

Der Vorstand und die Redaktion

Der gesamte Vorstand und die Redaktion der DENK´MAL! wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinsmitgliedern und Freunden alles erdenklich Gute für ein gesegnetes friedliches Weihnachtsfest und einen erfolgreichen Start ins Neue Jahr 2015.

Fröhliche Weihnachten

&

Gutes Neues Jahr

2015

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: **www.lebenundlebenlassen.org**
E-Mail: **info@lebenundlebenlassen.org**
Tel.: **+49-89-3106999**
Fax: **+49-89-32155805**
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Impressum:

Anschrift
Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber
Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

Chefredakteur
Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Franz-Jochen Schoeller
Peter Orzechowski

Büroleitung
Sasan Harun-Mahdavi

Verlag
D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.